

Niederschrift

Gremium			
Ausschuss für Klima und Umwelt			08. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, 51709 Marienheide			16.11.2022
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
04.11.2022		18:00 Uhr	19:58 Uhr

Anwesend sind:

Ratsmitglieder CDU

Ammermann, Harald	CDU	
Hillrichs, Birgit	CDU	
Stötzel, Manfred	CDU	Vertretung für Frau Katharina Kronenberg
Wasserfuhr, Andre	CDU	Vertretung für Herrn Salvatore Bringheli
Zander-Wörner, Kirsten	fraktionslos	

Ratsmitglieder SPD

Geisel, Fabian	SPD	
Hanke, Karl-Heinz, Dr.	SPD	
Kramer, Harald	SPD	Vertretung für Herrn Paul Weier

Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Schiefer, Michael	Bündnis 90/Die Grünen
-------------------	-----------------------

Sachkundige Bürger Bündnis 90/Die Grünen

Schäfer, Sebastian	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------	-----------------------

Sachkundige Bürger UWG

Schellberg, Wolfgang	UWG
----------------------	-----

Sachkundige Bürger FDP

Heringer, Reimund	FDP
-------------------	-----

Es fehlten:Ratsmitglieder CDU

Bringheli, Salvatore CDU

Kronenberg, Katharina CDU

Sachkundige Bürger CDU

Däinghaus, Udo CDU

Sachkundige Bürger SPD

Weier, Paul SPD

Sachkundige Einwohner

Mansel, Gerhard

Platten, Florian

Schaumburg, Detmar

Verwaltung:

Meisenberg, Stefan

Dreiner, Christoph

Golinski, Sebastian

Schulze, Christina

Kaufmann, Yvonne

Böker, Alexandra (Schriftführerin)

Gast:

Kiesau, Lara Ing.-Büro Gertec, Essen (zu TOP 2 öff. Teil)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Klima und Umwelt ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreterin für den Ausschuss für Klima und Umwelt	Drucksache Nr. BV/111/22
----------	---	------------------------------------

Zur Führung der Niederschrift wurde Frau Alexandra Böker vorgestellt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Zur Führung der Niederschrift über die von ihm gefassten Beschlüsse bestellt der Ausschuss für Klima und Umwelt Frau Alexandra Böker als Schriftführerin und Frau Yvonne Kaufmann (nach wie vor) als Stellvertreterin der Schriftführerin.	

2	Integriertes Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Marienheide	Drucksache Nr. BV/121/22
----------	---	------------------------------------

Herr Golinski, Klimaschutzmanager, stellt das Klimaschutzkonzept vor, das die Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen aufzeigen und somit zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen. Dieses Konzept wurde u. a. in Zusammenarbeit mit der Gertec Planungs- und Ingenieurgesellschaft erarbeitet.

Frau Lara Kiesau, von der Gertec Planungs- und Ingenieurgesellschaft stellt das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) vor. Im Wesentlichen wird auf den Aufbau und die Struktur des Konzepts eingegangen. Inhaltlich nur oberflächlich angerissen werden die Kapitel bzgl. Bilanzergebnisse, Potenziale zur Treibhaus-Reduktion, Klimaschutz-Szenarien sowie die Ziele und die priorisierten Handlungsfelder der Gemeinde. Sie legt hierbei den Fokus auf Windkraftenergie, da diese deutlich die THG-Emissionen verringern.

Herr Sebastian Schäfer erklärt seine Enttäuschung über das Konzept und wünscht ein ambitionierteres Vorgehen. Des Weiteren würde ein Mobilitätskonzept fehlen. Daraufhin erkundigt sich Herr Schäfer nach den Gründen der unzureichenden Erarbeitung des IKSK.

Herr Meisenberg zeigt sich mit der Erarbeitung des IKSK zufrieden und verweist auf die bereits dargelegten engen Handlungsspielräume der Gemeinde.

Herr Harald Kramer schlägt eine Ergänzung des Konzepts vor hinsichtlich der CO₂-Bindung.

Frau Lara Kiesau teilt mit, dass der Bund entsprechende Vorgaben machen muss.

Herr Schäfer möchte wissen, welche konkreten Hemmnisse es für die Gemeinde gäbe.

Herr Dreiner legt am Beispiel der Windenergie dar, dass es vor allem gesetzliche Hürden gebe, man auf private Investoren angewiesen sei und bei allem dürfe man auch den Widerstand der Bevölkerung nicht vergessen.

Herr Geisel stellt fest, dass das Handlungsfeld „Stadtentwicklung“ im IKSK nur wenige Maßnahmen beinhaltet, obwohl potenziell sehr viel möglich wäre.

Frau Kiesau und Herr Golinski erklären, dass die einzelnen Maßnahmen des IKSK teilweise mehrere Handlungsfelder umfassen. Aus diesem Grund sind viele Inhalte, die die Stadtentwicklung betreffen, bereits in anderen Handlungsfeldern implementiert.

Herr Golinski führt noch einmal auf, dass das erarbeitete Konzept als realistisches und umsetzbares Konzept fungieren soll. Daher sind die Maßnahmen zum Teil zwar zurückhaltend formuliert, sollen jedoch als Basis für die zukünftige Umsetzung verstanden werden. Eine ambitioniertere Umsetzung einzelner Maßnahmen soll stets berücksichtigt werden, falls dies zur gegebenen Zeit realistisch und umsetzbar erscheint. Das größte Hemmnis bildet vor allem die Höhe der Haushaltsmittel für die jeweilige Maßnahme sowie das zusätzlich benötigte Personal innerhalb der Verwaltung.

Weiter ergänzt Herr Golinski, dass Maßnahmen die in Verbindung mit Klimaanpassung stehen, keine Berücksichtigung im IKSK gefunden haben. Grund dafür sind die Vorgaben der ZUG, die lediglich Maßnahmen vorsieht, die zu einer direkten Treibhausgas-Reduktion führen. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass Klimaanpassungsmaßnahmen in Zukunft nicht berücksichtigt werden. Sie dürfen lediglich nicht im IKSK aufgeführt werden.

Darüber hinaus weist Herr Golinski auf die Schwierigkeit der Zielsetzung des IKSK hin. Laut Herrn Golinski könne mit der Errichtung von genügend Windkraftträdern die Gemeinde bilanziell recht zeitnah Treibhausgasneutralität und somit auch die eigene Zielsetzung deutlich eher erreichen. Da alle Handlungsfelder berücksichtigt werden müssen, muss in jedem Handlungsfeld eine Treibhausgasersparnis erreicht werden, die zur Treibhausgasneutralität führt. Daher ist eine zu ambitionierte Zielsetzung unrealistisch. Eine große Hürde sind vor allem private Haushalte.

Herr Schäfer erkundigt sich wieso die privaten Haushalte eine große Hürde bei der Einsparung der THG darstellen.

Herr Dr. Hanke erklärt daraufhin, dass die BürgerInnen der Gemeinde nicht dazu verpflichtet sind, ihre Wohngebäude THG-neutral umzubauen. Mit dem THG-neutralen Umbau der Wohngebäude fließen zahlreiche Sanierungsarbeiten sowie der Austausch von Heizungsanlagen bzw. Installation von PV-Anlagen etc. ein. Dies ist für die BürgerInnen wirtschaftlich nicht immer lukrativ, so dass in diesem Bereich die Gemeinde mit zusätzlichen Anreizen und Maßnahmen aktiv werden muss.

Herr Golinski verweist daraufhin auf das IKSK und die zahlreichen Maßnahmen zur Information, Aufklärung sowie finanziellen Unterstützungen (z. B. PV-Förderung) der BürgerInnen der Gemeinde. Zusätzlich ergänzt Herr Golinski zum Kommentar von Herrn Dr. Hanke, dass Kommunen grundsätzlich nur 20 % - 40 % an direkten Handlungsmöglichkeiten bzgl. der Maßnahmen haben, die zu Treibhausgaseinsparungen führen. Der Rest liegt im Handlungsbereich der privaten Haushalte, der Unternehmen, etc.

Herr Meisenberg führt zusätzlich auf, dass die Maßnahmen des Handlungsfeldes „Kommune als Vorbild“ nur einen Bruchteil der THG-Einsparung erreichen. Diese sind essentiell, um als Vorbild voranzugehen und im Sinne des Klimaschutzes zu agieren. Herr Meisenberg hebt hervor, dass dies nicht immer der wirtschaftlichste

Weg ist und verweist auf die PV-Anlage auf dem Feuerwehrgerätehaus, die sich in den nächsten 30 Jahren wahrscheinlich nicht rentieren wird.

Herr Golinski hebt zum Abschluss noch einmal hervor, dass das IKSK nach der vorherrschenden Diskussion bzgl. TOP Ö 2 alle angesprochenen Aspekte und Anmerkungen bereits implementiert und berücksichtigt hat. Demnach ist laut Herrn Golinski das IKSK vollständig und somit auch zureichend ausgearbeitet.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Beschlossen wird die grundsätzliche Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes, solange das Haushaltsbudget dies erlaubt, sowie den Aufbau eines Klimaschutz-Controllings.	

3	Förderung von privaten Photovoltaikanlagen; Zuschuss über die Billigkeitsrichtlinie für kommunale Klimaschutzinvestitionen	Drucksache Nr. BV/122/22
----------	---	------------------------------------

Herr Golinski trägt die Kompensationsleistung des Landes NRW vor und dass für Marienheide ein Zuschuss in Höhe von 41.353,14 € bereit steht. Im Jahr 2023 sollen 50.000,00 € im Haushalt bereitgestellt werden. Die maximale Förderung für die Neuinstallation einer Photovoltaikanlage soll bei 1.000,00 € liegen, so dass mindestens 50 PV-Anlagen gefördert werden können. Zu den Förderungsmaßnahmen gab es keine Fragen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird beauftragt den Zuschuss aus der Billigkeitsrichtlinie für das im kommende Jahr 2023 neu aufgelegte Zusatzförderprogramm „Ausbau erneuerbarer Energien - Neuerrichtung von Photovoltaik-Anlagen im Gemeindegebiet Marienheide“ zu beantragen.	

4	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

BM Meisenberg gibt an, dass die Mitgliedschaft im Car-Sharing im Haupt- und Finanzausschuss angestrebt werden soll.

Vorsitzender:

gez. Michael Schiefer

Schriftführerin:

gez. Alexandra Böker

Gesehen:

gez. Stefan Meisenberg
Bürgermeister